

Banken

Geschäftsentwicklung und Ertragslage

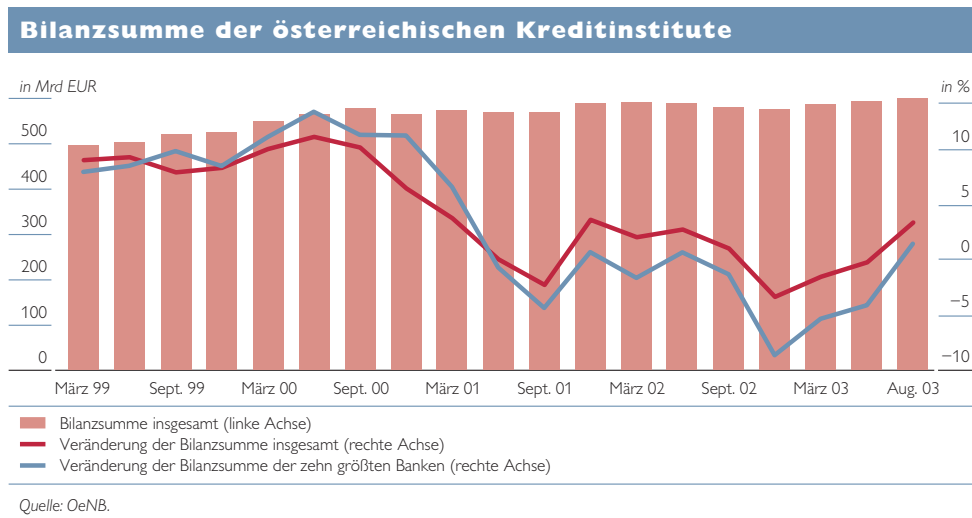
Nach Stagnation steigt die Bilanzsumme der österreichischen Banken zuletzt wieder. Das Bilanzsummenwachstum der österreichischen Kreditinstitute zeigte im Jahresvergleich nach einem leichten Rückgang im ersten sowie einem schwachen Wachstum im zweiten Quartal 2003 zuletzt einen deutlichen Anstieg. So wuchs die unkonsolidierte Gesamtbilanzsumme um 4,2% von 574 Mrd EUR im August 2002 auf einen neuen Höchststand von 598 Mrd EUR im August 2003. Ursache für das stagnierende Bilanzsummenwachstum in der ersten Jahreshälfte 2003 war in erster Linie das nach wie vor schwierige konjunkturelle Umfeld. Die jüngste Zunahme könnte jedoch bereits wieder eine Trendwende anzeigen. Die Bilanzsumme der zehn größten österreichischen Kreditinstitute zeigte im August 2003 ebenfalls einen Anstieg. Dieser fiel mit 2,4% jedoch geringer aus als jener aller österreichischen Kreditinstitute insgesamt.¹⁾

Der Hauptgrund für das Bilanzsummenwachstum im August 2003 war die Zunahme der Auslandsforderungen um 15,3 Mrd EUR oder 9,5% im Jahresabstand. Insbesondere die Forderungen gegenüber ausländischen Kreditinstituten zeigten einen starken Zuwachs. Auch der inländische Zwischenbankenverkehr erzielte ein Plus von 5,6 Mrd EUR oder 5,4%, bezogen auf diesen Zeitraum.

Auf der Passivseite ist ebenfalls eine Zunahme der Auslandsverbindlichkeiten um 8,8 Mrd EUR oder 5,1% gegenüber August 2002 festzustellen, was insbesondere auf im Ausland verbriefte Verbindlichkeiten zurückzuführen ist. Insgesamt standen Auslandsforderungen in der Höhe von 176,2 Mrd EUR Auslandsverbindlichkeiten in der Höhe von 180,4 Mrd EUR gegenüber.

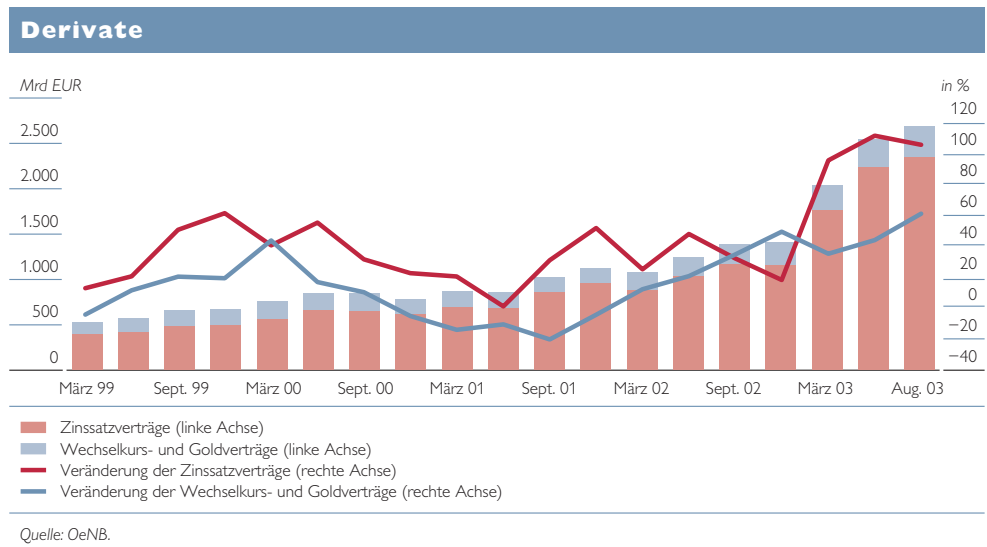
Bei einer Betrachtung nach Größenklassen zeigte sich im Juni 2003 unverändert die relativ große Anzahl an kleinen Banken. Die Bilanzsumme von fünf Kreditinstituten überstieg jeweils 20 Mrd EUR, weitere vier

Grafik 10



¹⁾ Die Berechnung basiert auf den zehn Banken mit der jeweils größten Bilanzsumme im August 2003. Durch die Fusion von Bank Austria mit Creditanstalt im August 2002 umfasst diese Auswahl bis zu diesem Zeitpunkt elf Banken. Bei den zehn größten Banken werden Sonderbanken nicht berücksichtigt.

Grafik 11



Institute wiesen eine Bilanzsumme jeweils zwischen 10 und 20 Mrd EUR aus. 43 Institute lagen in einem Bereich zwischen 1 und 10 Mrd EUR. Die restlichen 854 der insgesamt 906 Kreditinstitute wiesen eine Bilanzsumme von jeweils unter 1 Mrd EUR aus. Der Marktanteil der zehn größten Institute nahm von Juni 2002 bis Juni 2003 kontinuierlich ab, und zwar von 54,8 auf 52,8% der Gesamtbilanzsumme. Der Anteil der fünf größten Institute betrug im Juni 2003 43,4% der Gesamtbilanzsumme verglichen mit 46,3% im Juni 2002.

Starker Anstieg beim Handel mit Derivaten
 Das Volumen des Derivatengeschäfts der österreichischen Kreditinstitute zeigte im August 2003 wieder ein sehr starkes Wachstum von 101,7% auf 2.651,4 Mrd EUR verglichen mit August 2002. Damit betrug das besondere außerbilanzmäßige Geschäft bereits das 4,4fache der Gesamtbilanzsumme, während es in der Vergleichsperiode des Vorjahres nur das 2,3fache

erreichte. Die Zinssatzverträge stellten im August 2003 mit 87% den wichtigsten Anteil der Derivate dar, wobei fast ausschließlich Banken als Kontraktpartner auftraten. Bei den Zinssatzverträgen spielten Zinsswaps¹) in derselben Währung die wichtigste Rolle. Dieses Wachstum der Zinsswaps, insbesondere kurzfristiger EONIA-Swaps, war hauptsächlich auf deren zunehmende Bedeutung für das Aktiv-/Passivmanagement bei einer österreichischen Großbank zurückzuführen und ging dabei zu Lasten des traditionellen Interbankengeschäfts, das unter Risiko- und Kostenaspekten – Reduktion der Eigenmittelbindung sowie der Liquiditätskosten – optimiert werden sollte.

Neben den Zinssatzverträgen waren die Wechselkursverträge im August 2003 mit 12% die zweite wichtige Komponente im Derivatengeschäft österreichischer Banken. Alle anderen Derivate, wie Edelmetall- oder Warenverträge, spielten auch weiterhin nur eine untergeordnete Rolle.

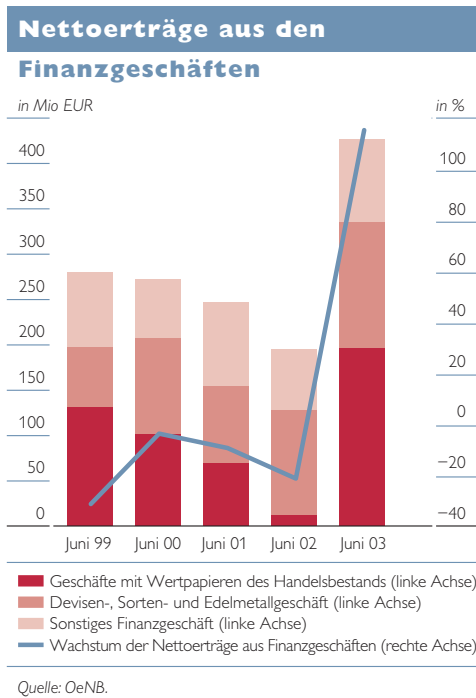
¹ Zinsswaps sind Verträge zwischen zwei Partnern über den Austausch von unterschiedlich gestalteten Zinszahlungsströmen über einen bestimmten Zeitraum ohne Austausch des zu Grunde liegenden Kapitalbetrags.

Die Ertragslage der österreichischen Banken verbessert sich primär auf Grund der Kapitalmarkterholung

Nach einem schwachen Jahr 2002 verbesserte sich die Ertragslage der österreichischen Banken im ersten Halbjahr 2003. Das unkonsolidierte¹⁾ Betriebsergebnis des gesamten Bankensektors stieg seit dem ersten Halbjahr 2002 um 8,7% von 2 auf 2,2 Mrd EUR.

gen stieg von 2,9% im Juni 2002 auf 6,3% im Juni 2003. Wie Grafik 12 zeigt, hat vor allem das Geschäft mit Wertpapieren aus dem Handelsbestand im zweiten Quartal 2003 einen wichtigen Beitrag geleistet: Nach einem Tiefststand im zweiten Quartal 2002, wo nur etwas mehr als 12 Mio EUR erwirtschaftet werden konnten, waren es im zweiten Quartal 2003 199 Mio EUR. Der Saldo aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft trug 140 Mio EUR (+20,2%) zu den Erträgen aus dem Finanzgeschäft bei, der Saldo aus den sonstigen Finanzgeschäften 92 Mio EUR (+36,2%).

Grafik 12



Die Betriebserträge stiegen zum Ende des zweiten Quartals 2003 um 3,0% (201 Mio EUR) im Jahresvergleich, nachdem sie Ende 2002 noch um 2,4% geschrumpft waren. Verantwortlich für die Erholung der Betriebserträge sind vor allem die Erträge aus dem Finanzgeschäft. Sie haben sich mit +119% mehr als verdoppelt, und ihr Anteil an den Betriebserträ-

Die Nettoprovisionserträge²⁾ stiegen im ersten Halbjahr 2003 um 2,6% (39 Mio EUR) im Jahresvergleich und trugen mehr als 22% zu den Betriebserträgen bei. Insbesondere die Provisionssalden aus Kreditgeschäft (+18,2%), Zahlungsverkehr (+8,2%) und Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft (+5,9%) nahmen gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 zu.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen, die nicht Teil des Handelsbestands sind,³⁾ sanken im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,6%. Für diese Entwicklung waren vor allem die Erträge aus inländischen Beteiligungen verantwortlich, die um über 50% von 194 Mio EUR im zweiten Quartal 2002 auf 94 Mio EUR im zweiten Quartal 2003 zurückgingen. Dieser Einbruch konnte teilweise von den Erträgen inländischer Aktien, anderer Anteilsrechte und nicht festverzinslicher Wertpapiere, die in die-

1 In der Quartalsberichtsmeldung (Daten: Juni 2003) werden die Ertragsdaten der in Österreich tätigen Kreditinstitute auf unkonsolidierter Basis erfasst. Somit sind insbesondere die Erträge und Aufwendungen von ausländischen Tochterunternehmen in den zentral- und osteuropäischen Ländern nicht enthalten.

2 Differenz zwischen Provisionserträgen und Provisionsaufwendungen.

3 Grafik 12 bezieht sich im Gegensatz dazu auf die Erträge aus Wertpapieren, die aktiv von den Banken gehandelt werden.

Tabelle 5

Aufwand/Ertrag-Relation						
	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	Halbjahr	Halbjahr	Halbjahr	Halbjahr	Halbjahr	Halbjahr
	Mittelwert in %					
Alle Banken	68,5	70,4	65,4	69,1	70,1	68,4
Zehn größte Banken	66,6	70,8	64,7	70,4	72,5	70,0
Alle Banken ohne die zehn größten	69,9	70,2	65,9	68,1	68,5	67,3

Quelle: OeNB.

sem Zeitraum um 19 Mio EUR gestiegen waren, und von den Erträgen ausländischer Wertpapiere und Beteiligungen, die deutlich von 72 auf 143 Mio EUR gestiegen waren, wettgemacht werden.

Die Nettozinserträge sanken im ersten Halbjahr 2003 leicht um 0,6% im Jahresvergleich. Die Entwicklung der Zinserträge und Zinsaufwendungen spiegelte das sinkende Zinsniveau wider: Die Zinserträge sanken um 9,8% (1,2 Mrd EUR), die Zinsaufwendungen um 13,7% (1,1 Mrd EUR). Die Zinsspanne im gesamten Zinsgeschäft blieb gegenüber dem zweiten Quartal 2002 konstant bei 1,29%.¹⁾ Nachdem diese in den zwei Jahren von 1997 bis 1999 von mehr als 1,6% auf etwas unter 1,3% gesunken war, bewegte sie sich seit Anfang 1999 um die 1,3%.

Auf der Kostenseite setzten die Banken ihren Sparkurs fort. Die Betriebsaufwendungen stiegen im ersten Halbjahr 2003 nur um 0,6% im Vergleich zum Vorjahr. Bei einer Inflationsrate von 1,1% (Juni 2003) bedeutete das real ein Sinken der Betriebsaufwendungen. Nach einem Jahreswachstum von 0,25% Ende 2002 stellt der aktuelle Wert den zweitkleinsten im Beobachtungszeitraum der letzten fünf Jahre dar. Der Sach-

aufwand ist im Vergleich zum Vorjahr sogar um 1,1% gesunken. Das Wachstum des Personalaufwands mit 2,4% war im Jahresvergleich sehr verhalten, wobei die Aufwendungen für Löhne und Gehälter gesunken sind, während die Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben, die Aufwendungen für Altersversorgung und die Dotierung der Pensionsrückstellung gestiegen sind.

Als Resultat der steigenden Betriebserträge und der stabilen Betriebsaufwendungen hat sich die Aufwand/Ertrag-Relation des gesamten Bankensektors von 70,1% im ersten Halbjahr 2002 auf 68,4% im ersten Halbjahr 2003 verbessert; die 65,4% des ersten Halbjahres 2000 wurden allerdings nicht erreicht. Die zehn größten Banken konnten ihre Aufwand/Ertrag-Relation von 72,5% auf 70,0% verbessern. Damit liegen sie noch immer schlechter als die restlichen Banken, welche ihre Aufwand/Ertrag-Relation von 68,5% im zweiten Quartal 2002 auf 67,3% im zweiten Quartal 2003 verbessern konnten (siehe Tabelle 5).

Für das gesamte Geschäftsjahr 2003 erwarten die österreichischen Banken Ende Juni 2003 ein Jahresbetriebsergebnis von 3,9 Mrd EUR – das sind um 1,9% weniger als die Vor-

¹⁾ Hier wird die EZB-Methode angewendet, die unterschiedliche Volumina auf Aktiv- und Passivseite berücksichtigt. Unterschiedliche Laufzeitstrukturen auf Aktiv- und Passivseite können allerdings weiterhin nicht berücksichtigt werden. Details finden sich in der im Dezember 2000 erschienen EZB-Studie „EU banks’ margins and credit standards“.

schauwerte im Juni 2002. Der Saldo aus dem Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich und den Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen im Kreditbereich würde auf Basis dieser Erwartungen im Jahr 2003 um 13% sinken und damit die Aufwendungen reduzieren. Der Saldo aus dem Wertberichtigungsbedarf im Wertpapierbereich und den Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen im Wertpapierbereich würde auf Basis der Vorschauwerte für das Jahr 2003 negativ und somit ertragswirksam. Unter Berücksichtigung der erwarteten Steuern und des erwarteten außerordentlichen Ergebnisses ergäbe sich ein erwarteter Jahresüberschuss von 1,8 Mrd EUR (Jahreswachstum von 17,1%).

Die Analyse der konsolidierten Ertragslage¹), die eine umfassendere Beurteilung des österreichischen Bankensektors erlaubt, bestätigt die positive Entwicklung, die sich in der Betrachtung der unkonsolidierten Ertragslage gezeigt hat. Das Zinsergebnis, das hier allerdings die Erträge aus Wertpapieren und Anteilsrechten inkludiert, ist zum ersten Halbjahr 2003 um 1,8% auf 5,6 Mrd EUR gestiegen. Das Provisionsergebnis hat um 5,8%, das Handelsergebnis um 52,6% zugenommen. Dies führt zu Betriebserträgen des gesamten konsolidierten Bankensektors im ersten Halbjahr 2003 von 8,3 Mrd EUR, im Jahresvergleich bedeutet das eine Zunahme um 5,6%.

Der konsolidierte Personalaufwand hat sich mit einem Wachstum von 2,5% im zweiten Quartal 2003 weitgehend wie der unkonsolidierte

Personalaufwand entwickelt, der konsolidierte Sachaufwand ist aber im Gegensatz zum unkonsolidierten leicht um 0,4% gestiegen. Insgesamt sind die Verwaltungsaufwendungen mit 2,3% aber schwächer gestiegen als die Betriebserträge.

Als Resultat hat sich die Aufwand/Ertrag-Relation des konsolidierten Gesamtbankensektors von 71,1% im zweiten Quartal 2002 auf 68,9% im zweiten Quartal 2003 verbessert. Nach Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses, der Steuern und des Fremdanteils ergibt sich ein konsolidiertes Periodenergebnis für das erste Halbjahr 2003 von 1,3 Mrd EUR. Das bedeutet eine Steigerung von über 30% im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres.

Im EU-weiten Vergleich liegt der österreichische Bankensektor mit einem konsolidierten Return on Assets (ROA) von 0,38%²) und einer konsolidierten Aufwand/Ertrag-Relation von 68,9% allerdings im unteren Mittelfeld. Daraus kann durchaus weiteres Potenzial für Verbesserungen auf der Ertrag- und der Kostenseite abgeleitet werden, wobei weitere Strukturbereinigungen – z. B. bei den Bankstellen – einen Beitrag leisten können.

Kreditrisiko der österreichischen Banken

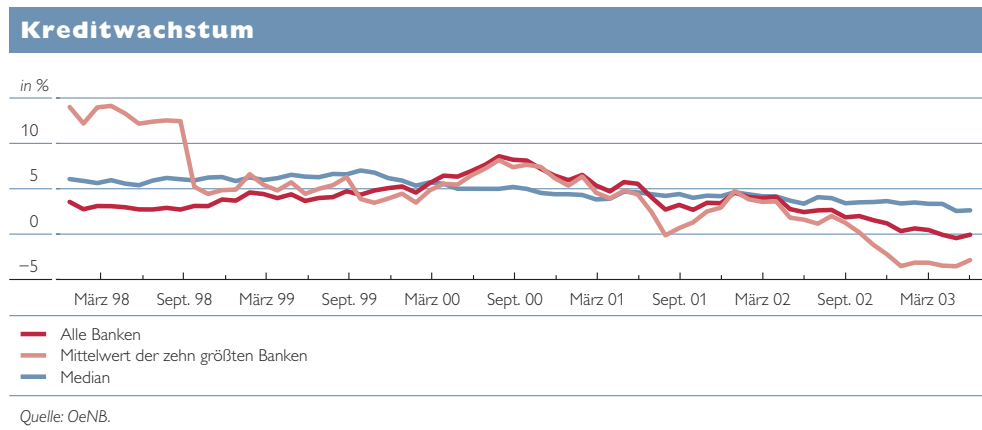
Kreditentwicklung verläuft weiterhin schwach

Die bereits im Vorjahr feststellbare schwache Entwicklung der Direktkreditvergabe hält auch im ersten Halbjahr 2003 an. Primär bedingt durch das nach wie vor national wie inter-

1 Bei der konsolidierten Betrachtungsweise werden die Konzernabschlüsse der Großbanken nach IAS und HGB berücksichtigt. Damit werden die Erträge und Aufwendungen der gesamten Bankengruppe (also auch der Tochterbanken im Ausland) erfasst.

2 Konsolidiertes Periodenergebnis in Relation zur konsolidierten Bilanzsumme, annualisiert.

Grafik 13



national schwache konjunkturelle Umfeld hat sich das Wachstum des Kreditvolumens deutlich abgeschwächt. Zur Jahresmitte kam es mit $-0,1\%$ sogar erstmals zu einem Rückgang beim Direktkreditvolumen aller österreichischen Banken (siehe Grafik 13). Im Juli und August 2003 ist das Wachstum des Kreditvolumens jedoch wieder positiv. Dies könnte darauf hindeuten, dass sich der negative Trend umkehrt. Der Rückgang des Kreditvolumens ist vor allem auf die Großbanken zurückzuführen, denn das Wachstum des Kreditvolumens der zehn größten Banken betrug Ende Juni $-3,0\%$. Der Median¹⁾ des Kreditwachstums hingegen blieb mit $2,7\%$ per Ende Juni 2003 wie auch in den Vorperioden positiv.

Der Rückgang des Wachstums des Kreditvolumens betraf zur Jahresmitte 2003 nahezu alle Bankensektoren (Ausnahme: Landes-Hypothekenbanken und Sonderbanken). Während in den meisten Sektoren dieser Rückgang ein eher kurzfristiges Phänomen zu sein scheint, zeichnet sich im Bausparkassensektor eine längerfris-

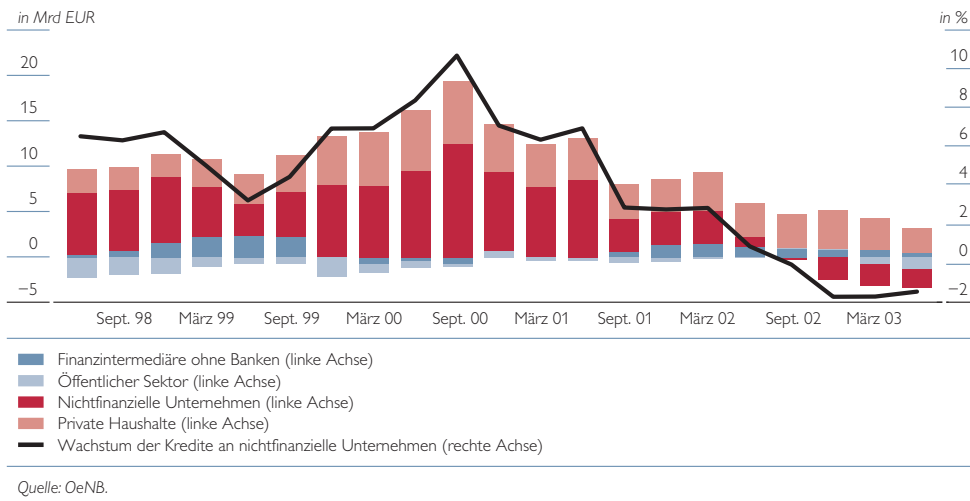
tige Schwäche in der Finanzierungsleistung ab. Seit September 2002 weist der Bausparkassensektor eine rückläufige Direktkreditvergabe auf, wobei der Tiefststand im Juni 2003 mit einer Wachstumsrate von $-3,37\%$ (Juni 2002: $1,85\%$) erreicht wurde.

Gründe für diese schwache Entwicklung der Kreditvergabe im Bausparkassensektor in den letzten Monaten dürfte einerseits die Konkurrenz anderer Banken durch die Vergabe von Fremdwährungskrediten sein. Da die Bausparkassen gemäß § 9 BSpG zur Vermeidung von Währungsrisiken angehalten werden, können sie für die Wohnbaufinanzierung keine Fremdwährungskredite zur Verfügung stellen. Wollen Bausparer auf Fremdwährungskredite zur Wohnbaufinanzierung zurückgreifen, müssen sie sich somit an andere Banken wenden. Andererseits trifft die schwache konjunkturelle Lage den Bausparkassensektor stärker als andere Sektoren, da sich Kunden bei langfristigen und finanziell bedeutsamen Anschaffungen wie Immobilien in konjunkturell

¹⁾ Der Median ist derjenige Wert, unter und über dem die gleiche Anzahl an Werten liegt, das heißt, er teilt eine geordnete Reihe an Ergebnissen in die oberen und unteren 50% auf. Im Gegensatz zum Mittelwert hat der Median den Vorteil, dass er gegenüber Ausreißern stabiler ist. Bei der Berechnung des Medians werden Sonderbanken nicht berücksichtigt.

Grafik 14

Direktkreditwachstum nach volkswirtschaftlichen Sektoren



schwierigen Zeiten in der Regel noch zögerlicher verhalten als bei finanziell weniger bedeutenden Konsumgütern.

Allerdings ist der Konsum der privaten Haushalte derzeit allgemein recht schwach. Dies spiegelt sich auch im Wachstum der Kredite an private Haushalte wider, das sich in den letzten Monaten verlangsamt hat. Ende Juni 2003 lag es bei 2,6%, während es zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres noch 3,6% betrug. Hingegen hat sich der Rückgang der Direktkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Vergleich zu den Vorperioden verlangsamt und die Wachstumsrate mit Ende Juni 2003 bei rund -2,0% stabilisiert (siehe Grafik 14).

Während das Wachstum des Kreditvolumens an Finanzintermediäre (ohne Banken) nach wie vor stabil bleibt, verzeichnet der öffentliche Sektor nach einer kurzen Periode einer leicht zunehmenden Kreditverschuldung im ersten Halbjahr 2003 wieder

einen Rückgang beim Wachstum der Direktkredite.

Qualität der Aktiva hat sich im ersten Halbjahr 2003 leicht verschlechtert

Eine Beurteilung der Kreditqualität und des damit verbundenen Kreditrisikos der österreichischen Banken für das Jahr 2002 ermöglichen die Daten aus dem jährlich zu erstellenden bankaufsichtlichen Prüfbericht, dessen Ergebnisse seit Mitte des Jahres 2003 vorliegen. Der Prüfbericht unterscheidet bei der Beurteilung der Kreditqualität *zins- und ertraglose, notleidende* sowie *uneinbringliche* Forderungen an Kunden.¹⁾ Generell lässt sich feststellen, dass die Kreditqualität der österreichischen Banken im Jahr 2002 gemäß dem bankaufsichtlichen Prüfbericht als zufrieden stellend angesehen werden kann und sich im Vergleich zum Vorjahr keine beunruhigenden Entwicklungen ergeben haben. Das 95-Prozent-Quantil²⁾ hat

1 Als zins- und ertraglos gelten jene Forderungen an Kunden, bei denen in nächster Zeit nicht mit Zahlungen zu rechnen ist. Notleidende Forderungen sind Forderungen, bei denen Ausfälle zu erwarten sind. Uneinbringlich sind jene Forderungen, die zum Zeitpunkt der Erhebung bereits realisierte Ausfälle darstellen.

2 Das 95-Prozent-Quantil teilt eine geordnete Reihe an Ergebnissen in die unteren 95% und die oberen 5%. Das heißt, dass 95% der Kreditinstitute einen niedrigeren Wert als das 95-Prozent-Quantil haben.

Tabelle 6

Kreditqualität gemäß bankaufsichtlichem Prüfbericht¹⁾						
	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Anteil in % am Gesamtvolumen der Kredite					
Zins- und ertraglose Forderungen an Kunden						
50-Prozent-Quantil (Median)	0,11	0,19	0,16	0,12	0,10	0,11
Mittelwert der zehn größten Banken	1,11	1,13	1,02	0,90	0,73	0,64
95-Prozent-Quantil	3,89	3,82	3,93	3,37	3,54	3,08
Notleidende Forderungen						
50-Prozent-Quantil (Median)	2,28	2,43	2,30	2,44	2,34	2,30
Mittelwert der zehn größten Banken	2,84	2,12	2,00	1,73	1,77	1,59
95-Prozent-Quantil	8,67	8,64	8,87	9,07	9,25	8,22
Uneinbringliche Forderungen						
50-Prozent-Quantil (Median)	0,53	0,55	0,57	0,55	0,49	0,57
Mittelwert der zehn größten Banken	0,40	0,43	0,46	0,44	0,42	0,60
95-Prozent-Quantil	4,17	4,15	4,11	4,01	4,04	3,83

Quelle: OeNB.

¹⁾ Auf Grund nachträglicher Korrekturen der Meldedaten weichen die Werte in der Tabelle geringfügig von früher verwendeten Werten ab.

sich sogar in allen Kategorien (zins- und ertraglos, notleidend, uneinbringlich) im Vergleich zum Jahr 2001 verbessert (siehe Tabelle 6). Das bedeutet, dass nun 95 % aller österreichischen Banken weniger als 3,1% zins- und ertraglose Forderungen in ihrem Kreditportfeuille aufweisen, während dieser Wert im Vorjahr noch rund 3,5% betrug. Der Anteil der notleidenden Forderungen reduzierte sich sogar von rund 9,3% (2001) auf 8,2% (2002), und auch bei den uneinbringlichen Forderungen kam es immerhin zu einer Reduktion von rund 4% (2001) auf 3,8% (2002).

Der Median blieb ebenfalls in den drei Kategorien recht stabil, allerdings erhöhten sich die uneinbringlichen Forderungen geringfügig von 0,5% (2001) auf rund 0,6% (2002). Lediglich bei den zehn größten Banken fällt auf, dass die uneinbringlichen Forderungen im Vergleich zum Vorjahr überdurchschnittlich anstiegen, nämlich von rund 0,4% (2001) auf 0,6% (2002). Bei den anderen Kategorien wie auch bei den Wertberichtigungen verzeichnen jedoch große Banken in der Regel eine bessere Kreditqualität als kleine Banken.

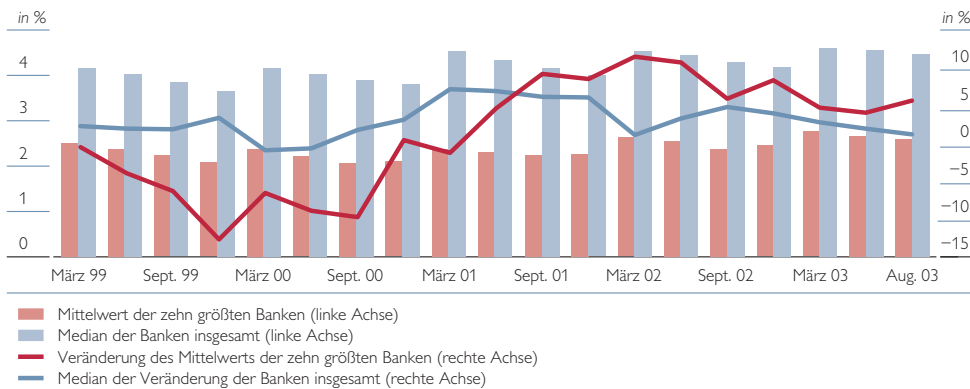
Zur unterjährigen Beurteilung der Kreditqualität der österreichischen Banken kann der Stand der Wertberichtigungen verwendet werden, der im Rahmen des Monatsausweises gemeldet wird. Er weist die Risikovorsorge für Ausleihungen aus, bei denen Zweifel über die Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer bestehen. Dabei resultiert der überwiegende Teil der Wertberichtigungen aus Forderungen gegenüber Kunden. Wertberichtigungen gegenüber Kreditinstituten fallen erfahrungsgemäß eher gering aus.

So lagen die Wertberichtigungen gemessen an den Kundenforderungen im ersten Quartal 2003 bei rund 3,6%.¹⁾ Diese Kennzahl verminderte sich im zweiten Quartal auf etwa 3,5% und lag im August 2003 bei 3,4%. Da zu Beginn des Jahres meist höhere Wertberichtigungen als zum Jahresende gemeldet werden und sich dadurch über das Jahr betrachtet ein saisonaler Effekt ergibt, erfolgt eine Beurteilung sinnvoller Weise im Jahresvergleich. Hierbei zeigen die Wertberichtigungen im August 2003 den höchsten Wert im Jahresvergleich seit 1999; dies spiegelt auch das ungüns-

¹⁾ In dieser Kennzahl sind Forderungen an Kreditinstitute nicht enthalten.

Grafik 15

Wertberichtigungen bezogen auf Kundenforderungen



Quelle: OeNB.

tige wirtschaftliche Umfeld wider, in dem die österreichischen Banken derzeit operieren.

Die Wertberichtigungen der mehrstufigen Sektoren des österreichischen Bankensystems, die traditionell höhere Werte aufweisen, zeigten sich im August 2003 verglichen mit August 2002 leicht erhöht bei 5,1% für die Volksbanken, 3,8% für die Sparkassen sowie 4,2% für die Raiffeisenbanken. Ebenfalls höher fielen mit 2,8% die Wertberichtigungen der Aktienbanken aus. Auch die traditionell sehr niedrigen Werte der Bausparkassen verzeichneten einen Anstieg von 0,4% im August 2002 auf 0,6% im August 2003. Die Lan-

des-Hypothekenbanken zeigten im Gegensatz dazu im Betrachtungszeitraum eine Reduktion ihrer Wertberichtigungen von 2,7 auf 2,3% der Kundenforderungen und nähern sich damit nach einer Periode höherer Wertberichtigungen wieder dem Niveau des Jahres 2000.

Bei den zehn größten Banken konnte eine ähnliche Entwicklung beobachtet werden, wenngleich auf niedrigerem Niveau als in den Jahren 2001 und 2002. So wurde im August 2003 eine Zunahme auf 2,7% im Vergleich zum Wert des Vorjahres verzeichnet. Der Median der Wertberichtigungen bezogen auf Kundenforderungen betrug im August 2003 4,6%.

Innovative Finanzinstrumente zum Transfer von Kreditrisiko

Auswirkungen von Securitisation auf die Finanzmarktstabilität

Auf den internationalen Kapitalmärkten ist zunehmend ein Trend zu Verbriefungen von Aktiva (Securitisation) zu beobachten. Motive für diesen Trend sind vor allem neue Quellen der Refinanzierung, die Reduktion gebundenen Eigenkapitals sowie der gezielte Risikotransfer. Diese Entwicklung hat in den letzten Monaten international zahlreiche Diskussionen ausgelöst. Dabei geht es um die Frage, ob der Transfer von Kreditrisiken innerhalb des Bankensektors sowie auch vom Bankensektor zu anderen Finanzmarktteilnehmern in einer Gesamtbetrachtung eher stabilisierend oder aber eher destabilisierend auf das Finanzsystem wirkt.

Aus diesem Grund veranstaltete die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) im Rahmen ihres Auftrags zur Wahrung und Sicherung der Finanzmarktstabilität am 1. Oktober 2003 unter Teilnahme von Experten aus Aufsichtsbehörden, Wissenschaft und Praxis eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Auswirkungen von Securitisation auf die Finanzmarktstabilität“. Zusammenfassend lässt sich

festhalten, dass die Auswirkungen dieser Instrumente derzeit noch nicht vollständig abgeschätzt werden können und kontroverse Meinungen zu dem Thema bestehen. Weitere Diskussionen auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene werden deshalb folgen.

Erhebung über den Einsatz innovativer Instrumente zum Transfer von Kreditrisiko

Die OeNB führt derzeit in Kooperation mit der Finanzmarktaufsicht eine Erhebung zu innovativen Instrumenten zum Transfer von Kreditrisiko durch. Diese Umfrage, die von der Europäischen Zentralbank initiiert wurde und in deren Folge ausgewählte Kreditinstitute der jeweiligen Mitgliedstaaten der EU befragt werden, erhebt sowohl quantitative als auch qualitative Daten dieser neuartigen Instrumente.

Erste Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass österreichische Kreditinstitute in nicht unerheblichem Ausmaß in diese Instrumente „investieren“ und damit Kreditrisiken übernehmen. Als Motive für diese Käufe werden vor allem zusätzliche Ertragschancen sowie die Möglichkeit zur Diversifikation von Kreditrisiken genannt. Bei der Auswahl und Bewertung der Transaktionen spielen die Ratings der etablierten Ratingagenturen meist eine wichtige Rolle. Es werden vor allem Anteile an Tranchen bzw. Produkte guter Bonität gekauft. Die Kreditinstitute wollen laut eigenen Angaben auch zukünftig in diesem Marktsegment tätig sein und damit weiterhin aktiv Kreditrisiken übernehmen.

Der Verkauf von Kreditrisiken mittels Verbriefungen eigener Kredite oder der Nutzung von Kreditderivaten wird derzeit nur in begrenztem Rahmen von österreichischen Kreditinstituten durchgeführt. Der geringe Einsatz von Kreditderivaten ist insbesondere auf die Struktur der Kreditportefeuilles österreichischer Banken zurückzuführen, die von mittelständischen Kreditnehmern geprägt werden. Der Kreditderivatmarkt für solche Kreditnehmer ist aber derzeit vor allem auf Grund fehlender externer Ratings nur wenig liquid. Die Verbriefung eigener Kredite wird insbesondere auf Grund des zu geringen Transaktionsvolumens und gleichzeitig hoher Transaktionskosten derzeit nur von wenigen österreichischen Banken aktiv genutzt. Das Instrument wird jedoch als eine alternative Möglichkeit zur Refinanzierung sowie zum Transfer von Kreditrisiken als potenziell interessant eingeschätzt.

Umschichtung von Yen-Krediten in den Schweizer Franken vermindert Risikopotenzial der Fremdwährungskredite
Seit etwa Mitte 2002 haben sich sowohl das Volumen der Forderungen österreichischer Banken an inländische Kunden in Fremdwährung als auch der Anteil der Fremdwährungskredite am gesamten Kreditvolumen – wenn auch auf hohem Niveau – stabilisiert und waren in der ersten Jahreshälfte 2003 sogar leicht rückläufig, wobei im August 2003 allerdings neuerlich ein Anstieg auf nunmehr insgesamt 44 Mrd EUR zu beobachten war. Dies entspricht einem Fremdwährungskreditanteil am gesamten Kreditvolumen von 18,5%, was allerdings noch immer deutlich unter dem Höchststand von 19,2% im August 2002 liegt.

Insbesondere bei den Unternehmen ist der Fremdwährungskreditanteil von seinem Höchststand von 20,1% im April 2002 auf 18,3% im

August 2003 gesunken. Bei den privaten Haushalten hielt das Wachstum des Fremdwährungskreditanteils bis Ende 2002 unvermindert an. Erst im ersten Halbjahr 2003 war eine gewisse Stabilisierung bei rund 25% zu beobachten, wobei der Anteil der Fremdwährungskredite im August 2003 allerdings auf fast 26% angestiegen ist.

Zurückzuführen war dieser neuerliche Anstieg der Fremdwährungskredite in erster Linie auf eine gestiegene Nachfrage nach Krediten in Schweizer Franken. Darüber hinaus hat sich im ersten Halbjahr 2003 auch der schon seit Mitte 2002 beobachtete Trend zur Umschichtung von Krediten in japanischen Yen zu solchen in Schweizer Franken weiter verstärkt. Der Anteil der Kredite in japanischen Yen an den gesamten ausstehenden Fremdwährungskrediten ist vom Höchststand von 42,0% im Juni 2002 auf 18,5% im August 2003 zurückgegangen, während jener der Kredite in

Schweizer Franken im selben Zeitraum von rund 50,1% auf fast 73,7% gestiegen ist.

Im Vergleich mit anderen Ländern des Euroraums stellen die österreichischen Fremdwährungskredite nach wie vor ein einzigartiges Phänomen dar: Während der Anteil Österreichs am gesamten Kreditvolumen im Euroraum im Juni 2003 bei 3,1% lag, belief sich der österreichische Anteil an den entsprechenden Krediten in Schweizer Franken auf 36,3%, jener an den Krediten in japanischen Yen auf 34,4%.

Die Ursache für den Trend zur Umschichtung in den Schweizer Franken dürfte in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass sich die Zinsabstände des Euro zum Schweizer Franken und zum japanischen Yen seit Anfang des Jahres 2002 zunehmend annäherten und im September 2003 – bezogen auf die 3-Monats-Geldmarktzinsen – bei rund 2 Prozentpunkten lagen. Darüber hinaus dürfte auch die Wechselkursentwicklung eine Rolle spielen: Während der japanische Yen infolge positiver Konjunktursignale seit Mitte 2003 zunehmend unter Aufwertungsdruck steht, zeigte der Schweizer Franken in der ersten Jahreshälfte 2003 eine Tendenz zur Abwertung.¹⁾

Aus Finanzmarktstabilitätsüberlegungen ist der Trend vom japanischen Yen zum Schweizer Franken positiv zu beurteilen, da letzterer in den letzten Jahrzehnten eine zwei- bis dreimal geringere Volatilität aufwies. Folglich kann man davon ausgehen, dass das Wechselkursrisiko – und damit auch das für Banken mit besonders hohem Fremdwährungskreditanteil beste-

hende Klumpenrisiko – bei Krediten in Schweizer Franken geringer ist als bei jenen im japanischen Yen.

Dennoch besteht auch bei Finanzierungen in Schweizer Franken ein nicht zu vernachlässigendes Wechselkursrisiko. Zu diesem kommen Zinsrisiken und im Fall der vielfach verwendeten Tilgungsträgermodelle zusätzliche Tilgungsträgerrisiken hinzu, weshalb auf Grund des hohen Anteils der Fremdwährungskredite am gesamten Kreditvolumen von einem – infolge der Umschichtung vom japanischen Yen in den Schweizer Franken – zwar reduzierten, aber nach wie vor bestehenden Risikopotenzial für die österreichische Finanzmarktstabilität auszugehen ist.

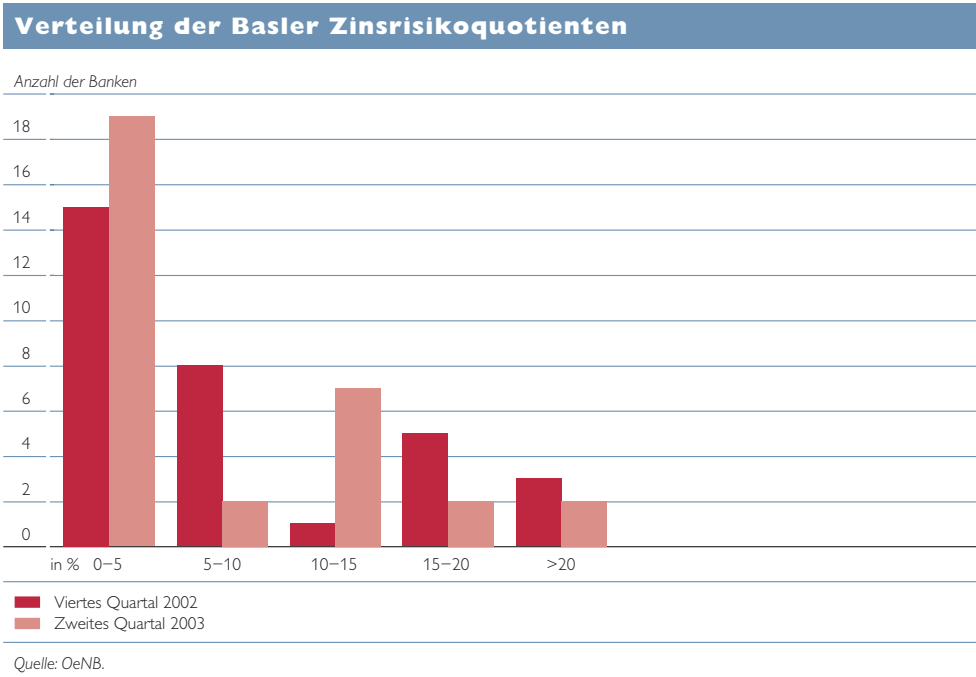
In diesem Sinne initiierte die OeNB in Zusammenarbeit mit der Finanzmarktaufsicht (FMA) im ersten Halbjahr 2003 einen Fragebogen, um im Meldewesen nicht ersichtliche Daten zu Fremdwährungskrediten zu erheben sowie einen Eindruck über das Risikomanagement der betreffenden Banken zu erhalten. Die Ergebnisse des Fragebogens wurden ausgewertet und dienten als Grundlage für die von der FMA im Oktober 2003 an die Kreditinstitute gerichteten „FMA-Mindeststandards für die Vergabe und Gestionierung von Fremdwährungskrediten“ und die „FMA-Mindeststandards für die Vergabe und Gestionierung von Krediten mit Tilgungsträgermodellen“.

Marktrisiko der österreichischen Banken

Zinsrisikoexposition weiterhin stabil

Zur Messung des Zinsänderungsrisikos einer Bank wird im Folgenden jener Quotient herangezogen, der den

¹ Zur Entwicklung der Wechselkurse des japanischen Yen und des Schweizer Franken siehe Abschnitt „Konjunktur und Finanzmärkte“.



hypothetischen Barwertverlust der Bank bei Änderung des Zinsniveaus um 200 Basispunkte zu den anrechenbaren Eigenmitteln in Beziehung setzt.¹⁾ Dieser Quotient wird seit Ende 2002 von allen österreichischen Kreditinstituten gemeldet, wobei 32 Institute – es handelt sich dabei fast durchwegs um die an der Bilanzsumme gemessen größten – schon davor in die Meldung einbezogen waren. Bei diesen 32 Banken, welche zur Mitte des Jahres 2003 73% der Bilanzsumme aller österreichischen Banken abdeckten, lässt sich im ersten Halbjahr 2003 eine aus Risikosicht positive Entwicklung erkennen, nämlich eine Reduktion des durchschnittlichen Basler Zinsrisikoquotienten von 8,9 auf 7,9%. Die in Grafik 16 dargestellte Verteilung der Quotienten dieser 32 Banken zeigt eine Abnahme der Anzahl an Banken mit größerer

Zinsrisikoexponierung (Bereich über 15%), allerdings liegen immer noch 2 Institute über dem vom Basler Ausschuss vorgegebenen Grenzwert von 20%.

Auf Ebene des gesamten österreichischen Bankensystems lag der durchschnittliche Basler Zinsrisikoquotient per Ultimo 2002 bei relativ hohen 12,0%, während des ersten Halbjahres 2003 ergab sich hier eine Reduktion auf 9,7%. Diese Zahlen dürften allerdings auf Grund der Neuartigkeit der Meldung noch mit Unschärfen behaftet sein, weshalb eine gewisse Vorsicht bei der Interpretation geboten ist.

Für Banken mit großem Wertpapierhandelsbuch ist das Zinsänderungsrisiko des Handelsbestands nicht im Basler Zinsrisikoquotienten enthalten. Anhand des Eigenmittelerfordernisses für das Positionsrisiko in zinsbe-

¹ Dieser vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht vorgeschlagene Quotient wird in der Folge als Basler Zinsrisikoquotient bezeichnet. Die anrechenbaren Eigenmittel ergeben sich als Tier 1-Kapital plus Tier 2-Kapital minus Abzugsposten.

zogenen Instrumenten kann jedoch für die erste Hälfte 2003 keine Zunahme dieses Risikos festgestellt werden, die Werte sind weiterhin auf historisch niedrigem Niveau.

Fremdwährungen: Stresstests zeigen ein nur beschränktes Risiko

Die im Meldewesen erfassten Fremdwährungen können bezüglich ihrer Bedeutung für das österreichische Bankensystem zur Jahresmitte 2003 – wie auch schon Ende 2002 – in drei Gruppen eingeteilt werden: Größere Engagements bestehen bei Schweizer Franken, US-Dollar und japanischem Yen mit einem Exposure¹⁾ über 500 Mio EUR, mittlere Engagements bei Australischem Dollar, Dänischer Krone, Pfund Sterling, Schwedischer Krone, Norwegischer Krone und Kanadischem Dollar (Exposure zwischen 40 und 200 Mio EUR), kleine Engagements bei Neuseeland-Dollar, Hongkong-Dollar und südafrikanischem Rand (Exposure zwischen 10 und 30 Mio EUR).

Die folgenden Ergebnisse eines Stresstests für Juni 2003 können zur Beurteilung des aus den offenen Devisenpositionen resultierenden Risikos für das österreichische Bankensystem herangezogen werden. Bei diesem Stresstest wurde ein Szenario angewendet, das von Wechselkursänderungen gegenüber dem Euro im Ausmaß von 20% ausgeht. Der resultierende Marktwertverlust wird als

Belastung des Eigenkapitals auf Grund des schlagend gewordenen Wechselkursrisikos interpretiert. Dementsprechend wird die aktuelle (unkonsolidierte) Eigenmittelquote einer Bank der gestressten Eigenmittelquote, die sich durch Abzug des berechneten Marktwertverlusts von den anrechenbaren Eigenmitteln ergibt, gegenübergestellt.²⁾

Die Anwendung des Stressszenarios auf alle österreichischen Kreditinstitute (ohne Sonderbanken) resultiert in einer Änderung der durchschnittlichen Eigenmittelquote um 14 Basispunkte von 17,23 auf 17,09%.³⁾ Dabei fällt die Änderung bei kleinen Instituten geringer aus. So impliziert der Stresstest bei Kreditinstituten mit Bilanzsummen unter 100 Mio EUR eine Reduktion der durchschnittlichen Eigenmittelquote um nur 9 Basispunkte, bei Instituten mit Bilanzsummen zwischen 100 und 500 Mio EUR um 19 Basispunkte und bei Instituten mit Bilanzsummen über 500 Mio EUR um 27 Basispunkte. Bei nur 14 der insgesamt 800 im Stresstest inkludierten Institute ergibt sich eine Minderung der Eigenmittelquote um mehr als 1%, wobei größere Institute nicht betroffen sind. Die maximale Abnahme der Eigenmittelquote bei einem einzelnen Institut beträgt 2,10%.

Aus dem durchgeführten Stresstest kann geschlossen werden, dass das „direkte“ Wechselkursrisiko nur einen begrenzten Einfluss auf die Risi-

1 Zur Bestimmung des Exposures werden die Höchststände der offenen Devisenpositionen innerhalb eines Monats herangezogen. Das Exposure ergibt sich als Summe der Absolutbeträge der Höchststände aller österreichischen Kreditinstitute.

2 Als Eigenmittelquote wird der Quotient aus den gemäß BWG zur Unterlegung des Kreditrisikos anrechenbaren Eigenmitteln (Tier 1-Kapital plus Tier 2-Kapital minus Abzugsposten) und der Bemessungsgrundlage herangezogen.

3 Die durchschnittliche Eigenmittelquote unterscheidet sich von der Eigenmittelquote aller Kreditinstitute im Abschnitt „Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken“. Letztere stellt die Summe der anrechenbaren Eigenmittel der Summe der Bemessungsgrundlagen gegenüber. Da einige kleine Spezialinstitute über sehr hohe Eigenmittelquoten verfügen, weist die durchschnittliche Eigenmittelquote einen höheren Wert auf.

kotragfähigkeit des österreichischen Bankensystems hat. Mögliche „indirekte“ Wechselkursrisiken, wie beispielsweise die Verschlechterung der Kreditqualität bei den Fremdwährungskrediten oder die Verschlechterung der Kreditqualität des Portefeuilles der Tochterbanken österreichischer Institute in den zentral- und osteuropäischen Ländern auf Grund adverser Wechselkursentwicklungen, bleiben beim durchgeführten Stresstest allerdings unberücksichtigt.

Exposure beim Aktienkursrisiko weiterhin auf niedrigem Niveau

Auch im ersten Halbjahr 2003 hat sich der Anteil der Aktien am Wertpapierportefeuille der österreichischen Kreditinstitute – wie schon im Jahr 2002 – rückläufig entwickelt.¹⁾ Gemessen an den Buchwerten ist der Anteil der Aktien an allen Wertpapieren (neben den Aktien sind das Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Investmentzertifikate) von 2,5% Ende 2002 auf 2,3% Mitte des Jahres 2003 zurückgegangen.

Zieht man zur Einschätzung der Aktienbestände des Wertpapierhandelsbuchs die diesbezüglichen Eigenmittelerfordernisse heran, so ist in diesem Bereich während des ersten Halbjahres 2003 ein leichter Anstieg bemerkbar (Erhöhung von 20,5 auf 25,0 Mio EUR). Gemessen an den in diesem Bereich üblichen Schwan-

kungen ist diese Änderung allerdings als moderat einzuschätzen, das Eigenmittelerfordernis für Aktienpositionen befindet sich weiterhin auf historisch niedrigem Niveau.

Die Ausstattung mit Liquidität nach § 25 BWG bleibt stabil

Mit dem zweiten Quartal 2003 haben alle Kreditinstitute die gesetzlichen Vorschriften nach § 25 BWG bezüglich Liquidität ersten und zweiten Grades eingehalten.²⁾ Der schlechteste Liquiditätsquotient ersten Grades war 2,6%, der schlechteste Liquiditätsquotient zweiten Grades war 20,3%. 28 Banken hatten einen Kassenliquiditätsquotienten (Liquidität ersten Grades) zwischen 2,5 und 5%, mit Ende 2002 waren es noch 31 Banken. Allerdings ist das 5-Prozent-Quantil³⁾ des Kassenliquiditätsquotienten von 11,5% im zweiten Quartal 2002 auf 7,1% im zweiten Quartal 2003 gesunken, was aber besser ist als das 5-Prozent-Quantil Ende 2002 mit 6,1%. Der Median zeigt mit 66,9% kaum Veränderungen im Vergleich zu den Halbjahreszahlen der Vorjahre, der Quotient der österreichischen Gesamtbank⁴⁾ ist mit 24,2% zwar etwas schlechter als im Jahr zuvor (26,4%), das Bankensystem ist aber ausreichend mit Kassenliquidität nach § 25 BWG ausgestattet. Die Ausstattung mit Liquidität zweiten Grades hat sich leicht verbessert:

- 1 *Unter Aktien sind hier nur Aktienbestände zu verstehen, die nicht in Form von Beteiligungen oder Anteilen an verbundenen Unternehmen gehalten werden. Aktienanteile, die über Investmentfonds gehalten werden, sind ebenfalls nicht inkludiert.*
- 2 *Österreichische Banken müssen mindestens 2,5% ihrer kurzfristigen Euro-Verbindlichkeiten in hoch liquiden Aktiva (in Euro) und mindestens 20% der längerfristigen Euro-Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten oder Kündigungsfristen von bis zu 3 Jahren in hinreichend liquiden Aktiva (in Euro) halten. Zentralinstitute müssen mindestens 50% jener Einlagen abdecken, die von anderen Instituten für die Erfüllung der Liquidität ersten Grades herangezogen werden können.*
- 3 *Das 5-Prozent-Quantil dient als Maß für die eher schwach mit Liquidität ausgestatteten Banken und ist der Liquiditätsquotient, den 95% aller Banken übertreffen.*
- 4 *Summe der liquiden Mittel ersten Grades aller Banken im Verhältnis zur Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten aller Banken.*

Das 5-Prozent-Quantil lag mit dem zweiten Quartal 2003 bei 28,2% (zweites Quartal 2002: 27,3%), der Median lag bei 53,1% (zweites Quartal 2002: 50,9%).

Risiken aus der Geschäftstätigkeit in zentral- und osteuropäischen Ländern¹⁾

Auch im ersten Halbjahr 2003 sind die konsolidierten Bilanzsummen der in den zentral- und osteuropäischen Ländern operierenden Tochterbanken österreichischer Kreditinstitute mit +4,9% kräftig gewachsen, wobei eine gewisse Verlangsamung des Wachstums gegenüber früheren Jahren feststellbar ist (Wachstum im Jahr 2002: +16%). In absoluten Zahlen sind die konsolidierten Bilanzsummen um 3,4 Mrd EUR auf 71,2 Mrd EUR gewachsen, davon sind 918 Mio EUR auf Akquisitionen zurückzuführen. Der Anteil der nicht verbrieften Forderungen an den Bilanzsummen ist von Ende 2002 (66,2%) bis zur Jahresmitte 2003 (65,7%) leicht rückläufig.

Detailanalyse der Ergebnisse für 2002 unterstreicht die Bedeutung der Region²⁾

Die im internationalen Vergleich derzeit eher schwache Ertragslage des

österreichischen Bankensektors würde sich ohne die positive Geschäftsentwicklung in Zentral- und Osteuropa verschärfen (siehe Tabelle 7). Nur etwa 10% der konsolidierten Bilanzsummen entfallen Ende 2002 auf die Geschäftstätigkeit in zentral- und osteuropäischen Ländern, diese 10% erwirtschaften aber 22% der Betriebserträge (Zins-, Provisions- und Handelsergebnis) und sogar 26% des Vorsteuerergebnisses. Der ROA vor Steuern³⁾ beträgt für das Geschäft in Zentral- und Osteuropa 1,11%, für die Geschäftstätigkeit in Österreich und den restlichen Regionen dagegen nur 0,37%. Hauptverantwortlich für das bessere Ergebnis der Ostgeschäfte sind höhere Margen in Zins-, Provisions- und Handelsgeschäft und eine günstigere Kostenstruktur. So wird von den in der zentral- und osteuropäischen Region tätigen Tochterbanken der österreichischen Institute ein Zinsergebnis in Relation zur Bilanzsumme von 3,0% erzielt, während dieser Wert in Österreich und den übrigen Geschäftsregionen bei 1,56% liegt. Die Aufwand/Ertrag-Relation⁴⁾ beträgt für die zentral- und osteuropäischen Länder 67,0%, für Österreich und die restlichen Regionen 71,2%.

1 In diesem Kapitel werden sämtliche zentral- und osteuropäische Länder erfasst, in denen österreichische Banken mit einer vollkonsolidierten Tochterbank vertreten sind (wie z. B. auch Bulgarien, Serbien und Montenegro, Russland). Außerdem werden hier nur die Geschäftsbeziehungen des österreichischen Bankensektors (einschließlich seiner Tochterbanken) mit bzw. in diesen Ländern analysiert, während im Abschnitt „Zentral- und Osteuropa“ die Entwicklung des gesamten Bankensektors in den einzelnen Ländern Zentraleuropas einschließlich Kroatiens untersucht wird. Angesichts der unterschiedlichen Datenquellen dieser beiden Kapitel sind die bankstatistischen Kennzahlen nicht unmittelbar miteinander vergleichbar.

2 Die Datenbasis für diesen Abschnitt bilden die Berichte der in Zentral- und Osteuropa aktivsten österreichischen Bankkonzerne (Bank Austria Creditanstalt AG, Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Österreichische Volksbanken-AG, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG/Österreichische Postsparkasse AG, Hypo Alpe-Adria-Bank AG) über das Ergebnis ihrer Tochterbanken vor Ort (Segmentberichterstattungen) sowie die konsolidierten Globaldaten der österreichischen Banken. Die Daten für „Österreich und Rest der Welt“ ergeben sich als Differenz zwischen diesen Globaldaten und den Eckdaten der zentral- und osteuropäischen Einheiten der sechs erwähnten Konzerne und enthalten daher auch das grenzüberschreitende Geschäft der Konzernmütter mit der Region.

3 Vorsteuerergebnis in Prozent der Bilanzsumme.

4 Verwaltungsaufwand in Relation zu den Betriebserträgen vor Abzug der Nettorisikoversorge im Kreditgeschäft.

Tabelle 7

Ausgewählte Ertragskennzahlen des österreichischen Bankensystems im Jahr 2002 ¹⁾			
	Insgesamt	Österreich und Rest der Welt	Zentral- und osteuropäische Länder
	in %		
ROA (vor Steuer)	0,45	0,37	1,11
Aufwand-Ertrag-Relation	70,40	71,20	67,00
Zinsergebnis in Relation zur Bilanzsumme	1,71	1,56	3,00
Provisionsergebnis in Relation zur Bilanzsumme	0,58	0,51	1,20
Handelsergebnis in Relation zur Bilanzsumme	0,14	0,10	0,50

Quelle: OeNB.
¹⁾ Nach Herkunft des Beitrags.

Erhebliches Kreditexposure gegenüber Zentral- und Osteuropa¹⁾

Die Exponierung des österreichischen Bankensystems gegenüber Zentral- und Osteuropa im Bereich des Kreditrisikos setzt sich aus zwei Komponenten zusammen. Zum einen werden Kredite von in Österreich ansässigen Kreditgebern in diese Region vergeben (*direkte grenzüberschreitende Kredite*),²⁾ zum anderen findet eine Kreditvergabe durch in der Region agierende Tochterbanken österreichischer Kreditinstitute statt (*indirekte Kredite*). Zur Beurteilung der relativen Bedeutung des gesamten zentral- und osteuropäischen Raums sowie der einzelnen Länder in Bezug auf das Kreditexposure sind in Tabelle 8 die Volumina von an Nichtbanken vergebenen direkten und indirekten Krediten zusammengefasst.³⁾

Die starke Konzentration der Töchter österreichischer Kreditinstitute in Zentral- und Osteuropa spiegelt sich im hohen Anteil an den indirekten Krediten wider: Vom globalen Volumen indirekt vergebener Kredite (32,7 Mrd EUR) entfallen 91% auf diese Region (29,8 Mrd EUR). Von diesem Volumen betreffen 74% jene Länder, die im Mai 2004 der EU beitreten werden. Vergleichsweise geringer als bei den indirekten Krediten ist der Anteil zentral- und osteuropäischer Länder bei den von Österreich direkt an das Ausland vergebenen Krediten (Volumen 50,7 Mrd EUR). Hier betrafen 29% die zentral- und osteuropäischen Länder, wobei sich dieser Anteil wiederum zu 70% auf die beitretenden Länder konzentriert. Bei Einbeziehung sowohl direkter grenzüberschreitender Kredite als auch

1 Die in diesem Kapitel behandelten Kredite schließen von den Banken gehaltene Wertpapierpositionen nicht ein.
 2 Diese direkten grenzüberschreitenden Kredite sind begrifflich von den im Abschnitt „Kreditrisiko der österreichischen Banken“ betrachteten Direktkrediten zu unterscheiden. Letztere beziehen sich auf Kredite, die nicht im Rahmen einer Verbriefung gewährt werden.
 3 Einbezogen sind dabei ausschließlich nicht verbrieftete Forderungen in der Höhe des Obligos. Durch die Einschränkung auf an Nichtbanken vergebene Kredite werden Verzerrungen, die aus Interbankengeschäften innerhalb des Konzerns resultieren, vermieden. Von allen direkten und indirekten Krediten, die nach bzw. in Zentral- und Osteuropa vergeben wurden, entfallen 67% auf Kredite an Nichtbanken. Da für direkte Kredite als Datenquelle die Großkreditevidenz verwendet wurde (Meldegrenze pro Bank und Kreditnehmer 350.000 EUR), sind nicht alle direkten Kredite einbezogen. Da bei der grenzüberschreitenden Kreditvergabe tendenziell größere Volumina vorherrschen, kann aber von einem ausreichenden Abdeckungsgrad ausgegangen werden. Die Volumina der indirekten, das heißt von Tochterbanken vergebenen Kredite sind entsprechend den vom österreichischen Mutterinstitut gehaltenen Anteilen gewichtet.

Tabelle 8

Kreditexposure gegenüber zentral- und osteuropäischen sowie ausgewählten Ländern

Stand: 30. Juni 2003

Global

	Österreich		Ausland		Beitretende Länder Zentraleuropas						Rest Zentral- und Osteuropa			Rest der Welt			
	Länderrating ¹⁾	Aaa	Summe	CZ	HU	PL	SK	SI	Summe	HR	RU	RO	Summe	DE	USA	CH	
																	A1
in Mrd EUR																	
Direkte Kredite ²⁾	214,1	163,4	50,7	10,3	3,3	2,0	2,0	1,1	1,9	4,4	2,5	0,9	0,5	36,0	7,3	4,6	4,1
in %																	
Anteil am Ausland				20,3	6,6	4,0	3,9	2,1	3,8	8,7	4,9	1,8	0,9	71,0	14,4	9,1	8,0
in Mrd EUR																	
Indirekte Kredite ³⁾	32,7		32,7	22,1	9,5	4,7	3,9	2,9	1,1	7,6	4,5	0,8	0,6	3,0	0,1	×	0,0
in %																	
Anteil am Ausland				67,5	28,9	14,4	11,9	8,8	3,4	23,4	13,8	2,3	1,8	9,1	0,4	×	0,1
in Mrd EUR																	
Summe	246,8	163,4	83,5	32,4	12,8	6,7	5,9	4,0	3,0	12,1	7,0	1,7	1,0	39,0	7,5	4,6	4,1
in %																	
Anteil am Ausland				38,8	15,3	8,1	7,0	4,8	3,6	14,5	8,4	2,0	1,2	46,7	8,9	5,5	4,9

Quelle: OeNB, Moody's Investors Service.

¹⁾ Rating von in Fremdwährung denominierten Staatsanleihen (Stand: 5. September 2003).

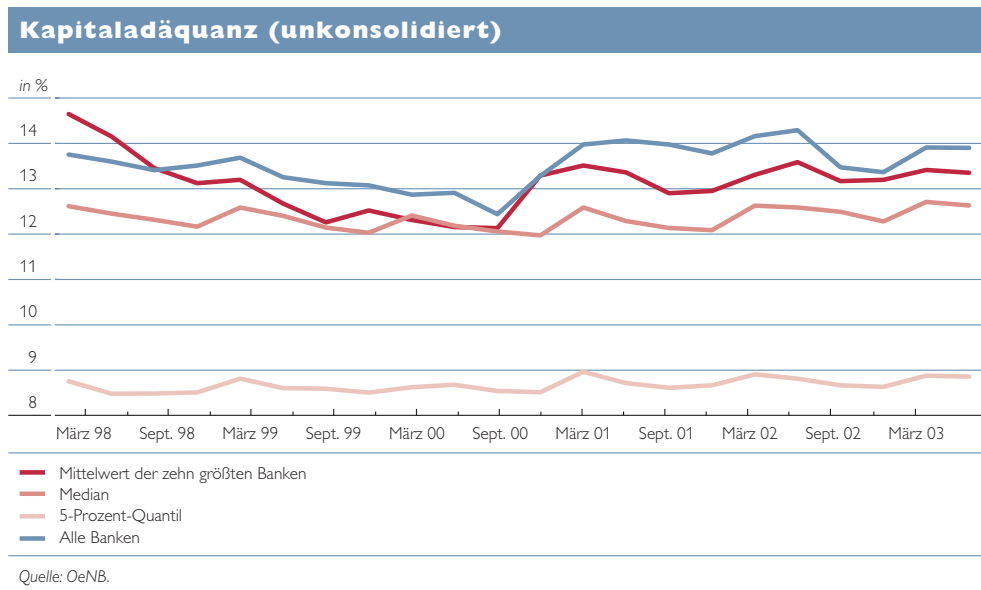
²⁾ Nicht verbriefte Kredite, die von österreichischen Banken an Nichtbanken im Ausland vergeben wurden.

³⁾ Nicht verbriefte Kredite, die von ausländischen Töchtern österreichischer Banken an Nichtbanken vergeben wurden.

indirekter, durch Tochterbanken vergebener Kredite ergibt sich eine Kreditexponierung gegenüber dem Ausland in der Höhe von 83,5 Mrd EUR. Zentral- und Osteuropa hat an diesem Volumen einen Anteil von 53% (44,5 Mrd EUR), von dem beinahe drei Viertel (72,8%) auf die im Jahr 2004 der Europäischen Union beitretenden Länder entfallen. Dies untermauert die herausragende Rolle Zentral- und Osteuropas – und hier wiederum insbesondere jene der EU-Beitrittsländer – für das österreichische Bankensystem.

Das global größte Kreditexposure des österreichischen Bankensystems gegenüber einem einzelnen Land – gemessen an der Summe der direkten und indirekten nicht verbrieften Kredite an Nichtbanken – besteht gegenüber der Tschechischen Republik mit 12,8 Mrd EUR oder 15,3% des Gesamtexposures gegenüber dem Ausland. Die Tschechische Republik weist unter den zentral- und osteuropäi-

schen Ländern sowohl bei den direkten grenzüberschreitenden Krediten (3,3 Mrd EUR) als auch bei den indirekten Krediten (9,5 Mrd EUR) die größte Exponierung auf. Bereits an zweiter Stelle beim Gesamtexposure innerhalb der zentral- und osteuropäischen Region liegt Kroatien, welches nicht zum Kreis der im kommenden Jahr der EU beitretenden Länder gehört. Es folgen Ungarn, Polen, die Slowakei und Slowenien. Details sind aus Tabelle 8 ersichtlich, in der zu Vergleichszwecken auch jene drei Staaten inkludiert sind, denen gegenüber außerhalb der zentral- und osteuropäischen Region das größte Kreditexposure besteht. In Tabelle 8 sind unter „Rest Zentral- und Osteuropa“ – das sind die nicht beitretenden Länder Zentral- und Osteuropas mit Vertretung österreichischer Banken durch vollkonsolidierte Tochterbanken – jene drei Länder dieser Region enthalten, die den größten Anteil am Gesamtexposure haben.



**Risikotragfähigkeit
der österreichischen Banken**

Eigenmittelausstattung bleibt stabil

Vor dem Hintergrund einer angespannten Wirtschaftslage stellt sich die Frage, inwieweit Banken in der Lage sind, auch in längeren konjunkturell schwachen Phasen Risiken zu absorbieren. Bei einer Betrachtung der Kapitaladäquanz zeigt sich, dass die österreichischen Banken ihre Eigenmittelausstattung in den letzten Perioden trotz dauerhafter konjunktureller Eintrübung stabil gehalten haben. Mitte 2003 betrug die unkonsolidierte Eigenmittelquote¹⁾ aller österreichischen Banken 13,9% und ist damit nur geringfügig niedriger als zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres (Juni 2002: 14,2%; siehe Grafik 17). Die Eigenmittelausstattung der österreichischen Kreditinstitute

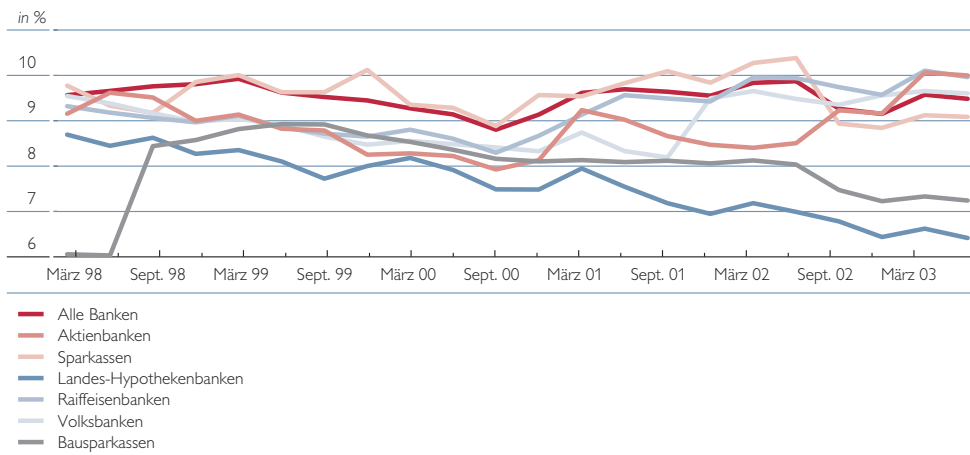
liegt damit nach wie vor deutlich über der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderung von 8%.

Wie in den meisten vorangegangenen Perioden ist die Eigenmittelausstattung der – gemessen an der Bilanzsumme – zehn größten Banken etwas höher als der Wert für den Median (siehe Grafik 17). Im Juni 2003 verzeichneten die zehn größten Banken eine durchschnittliche Eigenmittelquote von 13,3%, einem Wert, der ebenfalls geringfügig unter dem Vorjahreswert von 13,6% liegt. Der Median bleibt mit einem Wert von 12,6% im Juni 2003 unverändert gegenüber dem Vorjahreswert. Diese Entwicklungen zeigen, dass sowohl Großbanken wie auch typische österreichische Banken eine über den Konjunkturverlauf stabile Eigenmittelausstattung aufweisen und offenbar in

¹⁾ Die im Folgenden beschriebene Eigenmittelquote bezieht sich auf die laut BWG zur Unterlegung des Kreditrisikos anrechenbaren Eigenmittel (Tier 1-Kapital plus Tier 2-Kapital minus Abzugsposten), die in Verhältnis zur Bemessungsgrundlage (gemäß § 22 Abs. 2 BWG) gesetzt werden. Diese Berechnung kann sich von Eigenmittelquoten in anderen OeNB-Publikationen unterscheiden, da diese zumeist auch das Tier 3-Kapital in die Berechnung miteinbeziehen, wodurch sich entsprechend höhere Werte ergeben. Da es sich jedoch bei Tier 3-Kapital um nachrangiges Kapital handelt, das nur zur Unterlegung des Marktrisikos verwendet werden darf, wurde im Folgenden auf dessen Einbeziehung verzichtet, um die Kapitaladäquanz vor allem hinsichtlich des Kreditrisikos zu beurteilen.

Grafik 18

Kernkapitalquote (unkonsolidiert) der österreichischen Bankensektoren



der Lage sind, auch in konjunkturell schwierigen Zeiten Risiken angemessen zu absorbieren. Auch jene Banken, die eine vergleichsweise schwache Eigenmittelausstattung aufweisen, zeigen keine Verschlechterung der Risikotragfähigkeit: das 5-Prozent-Quantil beträgt im Juni 2003 8,9%. Das heißt, dass zur Jahresmitte 95% der österreichischen Banken eine Eigenmittelquote von über 8,9% haben. Dieser Wert ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gestiegen.

Betrachtet man die Eigenmittelausstattung nach Bankensektoren, zeigt sich, dass per Ende Juni 2003 die Sonderbanken eine nach wie vor hohe Eigenmittelausstattung von 18,6% aufweisen, gefolgt von den Sparkassen mit 14,6%. Die niedrigste Eigenmittelausstattung zum Betrachtungszeitpunkt verzeichnen mit 9,8% die Bausparkassen.

Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit des österreichischen Bankensystems wurde weiters die Kernkapitalquote betrachtet, die nur das Tier 1-Kapital (Kernkapital) in Relation zur Bemessungsgrundlage setzt. Für alle österreichischen Banken

betrug Ende Juni 2003 die unkonsolidierte Kernkapitalquote 9,5%, was ein leichtes Absinken zum Vergleichswert des Vorjahres mit 9,9% bedeutet. Eine fallende Tendenz bei der Ausstattung mit Kernkapital weisen derzeit die Bausparkassen und die Landes-Hypothekenbanken auf, die restlichen Bankensektoren halten ihre Kernkapitalquote weitgehend stabil (siehe Grafik 18).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die österreichischen Banken in den letzten Perioden ihre Eigenmittelausstattung sehr konstant gehalten haben und auch über ein konjunkturelles Tief hinweg ausreichend Kapitalpuffer zur Verfügung haben.

Beurteilung der österreichischen Banken durch Ratingagenturen und internationale Organisationen

Im ersten Halbjahr 2003 hat sich bei der Einschätzung des österreichischen Bankensektors durch internationale Ratingagenturen (Moody's Investors Service, Standard&Poor's und Fitch IBCA) wenig verändert, und der Ausblick ist weiterhin stabil. Bei den 16 Großbanken, die sich einem Emitten-

tenrating unterziehen, gab es im Betrachtungszeitraum bis September 2003 folgende Veränderungen: Bei Fitch IBCA hat es Verbesserungen sowohl bei der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG (von C auf B/C) als auch bei der Kommunalcredit Austria AG (von B/C auf B) gegeben. Die Hypo Alpe-Adria-Bank AG ist seit Juni 2003 durch Standard&Poor's mit AA (Langfristig) neu geratet.

Im Frühjahr 2003 wurden die Regelungen für das Auslaufen der Ausfallhaftungen der Länder und der Gemeinden für die Verbindlichkeiten der Landes-Hypothekenbanken und der Gemeindesparkassen beschlossen; die notwendigen gesetzlichen Änderungen müssen bis spätestens 30. Sep-

tember 2004 umgesetzt werden, wobei Übergangsfristen bis zum Jahr 2017 vorgesehen sind. In Österreich sind 7 Landes-Hypothekenbanken und 21 Gemeindesparkassen von der Abschaffung der solidarischen Haftung betroffen, wobei davon nur 5 Landes-Hypothekenbanken ein Rating von internationalen Agenturen haben. Der verschärfte Druck seitens der Europäischen Kommission im Hinblick auf die staatlichen Garantien geht schon auf das Jahr 1999 zurück. Bereits zu diesem Zeitpunkt haben die Ratingagenturen ihr Outlook-Rating von stabil auf negativ zurückgenommen. Die zum Teil hervorragenden Ratings befinden sich derzeit auf der Beobachtungsliste.

FSAP – Financial Sector Assessment Program des IWF

Das Financial Sector Assessment Program (FSAP) wurde im Mai 1999 gemeinsam vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank als Pilotprojekt für 12 Länder ins Leben gerufen und seither stetig ausgeweitet. Es wird von Experten des IWF und der Weltbank unter Mitwirkung nationaler und internationaler Institutionen, Behörden und Experten durchgeführt. Bislang haben sich bereits eine Vielzahl von Staaten – auch Industriestaaten – dieser freiwilligen Überprüfung unterzogen, wie z. B. das Vereinigte Königreich, Kanada, Schweiz und Deutschland.

Ziel des FSAP ist das Erkennen von Schwachstellen in Finanzsystemen, um einerseits Krisen verhindern zu können und andererseits Prioritäten in der Weiterentwicklung des Finanzsektors aufzuzeigen sowie die Effizienz der Finanzsysteme zu erhöhen. So sollen durch eine umfassende Analyse der Stärken und Schwächen der Finanzsysteme der einzelnen Länder Problembereiche frühzeitig erkannt und rechtzeitig Korrekturmaßnahmen eingeleitet werden. Weiters soll auch der Dialog mit den nationalen Behörden verbessert werden.

Die FSAP-Prüfungen sind auf drei Kernthemen fokussiert:

- Stabilität des Finanzsystems (systematische Analyse des makroökonomischen Umfelds anhand von diversen Indikatoren, Durchführung von Stresstests etc.)
- Einhaltung der relevanten internationalen Standards und Codes im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor sowie in den Bereichen Zahlungssysteme, Geldwäsche und Terrorfinanzierungsbekämpfung etc.
- Finanzmarktreformen und notwendige Entwicklungen (Eignung und Effizienz der Aufsichtssysteme, Eignung des Rechtsbestands etc.)

Zur Vorbereitung und Durchführung des FSAP in Österreich hat das Finanzmarktkomitee im Frühjahr 2003 ein gemeinsames FSAP-Sekretariat eingerichtet, in welchem je ein Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der FMA sowie der OeNB gleichberechtigt als Koordinationsstelle und Ansprechpartner für alle beteiligten inländischen und ausländischen Institutionen tätig ist (FSAP-Austria@fma.gv.at).

Im Oktober und Dezember 2003 finden zwei Arbeitsbesuche des IWF in Wien statt, bei denen zahlreiche Gespräche mit Experten aus dem BMF, der FMA und der OeNB sowie mit österreichischen

Banken, Versicherungen, Interessenverbänden, Wirtschaftsprüfern etc. geführt werden. Am Ende des zweiten Arbeitsbesuchs wird ein vorläufiger Prüfbericht vom IWF vorgelegt, der mit den drei involvierten Institutionen diskutiert wird. Das FSAP Österreich wird im Zuge der regelmäßig stattfindenden Artikel-IV-Konsultationen des IWF im Frühjahr 2004 abgeschlossen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse in Form eines gekürzten Schlussberichts ist geplant.

Versicherungen

Geschäftsentwicklung der Versicherungswirtschaft

Nach mehreren Jahren sinkender Erträge dürfte sich die Lage der Versicherungswirtschaft sowohl auf europäischer als auch auf österreichischer Ebene langsam stabilisieren. Das spiegelt sich auch in der Aufwärtsentwicklung des DJ EURO STOXX Insurance Index seit Anfang des Jahres 2003 wider. Wenngleich manche Ratingagenturen¹⁾ noch keine Entschärfung der finanziellen Situation der (insbesondere deutschen) Lebensversicherungswirtschaft sehen, deuten die Unternehmensdaten der 50 größten europäischen Lebensversicherer auf eine langsame Erholung hin. So konnten beispielsweise wieder Zuwächse bei den Bruttoprämieeinnahmen verzeichnet werden, was als Anzeichen für eine optimistischere Brancheneinschätzung gewertet wird. Der Lebensversicherungssektor litt in den vergangenen Jahren vor allem unter den Kurseinbrüchen auf den Aktienmärkten. Die wieder gewonnene Dynamik auf den Kapitalmärkten wirkt nun unterstützend auf die Entwicklung der Veranlagungserträge. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass im Zuge der Einbrüche auf den Aktienmärkten verstärkt in risikoarme Veranlagungsformen umgeschichtet wurde, der Aktienanteil damit reduziert wurde und die Versicherungen nur teilweise von der

Erholung der Märkte profitieren. Angesichts der niedrigen Anleiherenditen sind auch die Ertragserwartungen der Investitionen in risikoarme Wertpapiere nicht allzu optimistisch. Trotz der erfreulichen Entwicklung auf der Prämienseite kann daher noch nicht von einer nachhaltigen Erholung des europäischen Versicherungssektors gesprochen werden.

Die europäische Nicht-Lebensversicherungssparte war in den letzten Jahre vor allem von Forderungen nach Naturkatastrophen, Unternehmensinsolvenzen und Asbestklagen betroffen. Im Gegensatz zum Lebensversicherungsbereich war den Nicht-Lebensversicherungsunternehmen allerdings eine Anpassung an die Marktentwicklungen über Prämienhöhungen leichter möglich. Zusätzlich profitierten sie auch von der wachsenden Nachfrage nach Versicherungsprodukten.

Entsprechend den Entwicklungen auf europäischem Niveau zeigt sich auch bei den österreichischen Versicherungsunternehmen wieder ein erfreulicheres Bild. Wie die Halbjahresberichte der großen österreichischen Versicherungsunternehmen zeigen, konnte in den ersten Monaten des Jahres 2003 ein Prämienanstieg gegenüber dem Vorjahr – sowohl im Lebensversicherungsbereich als auch in den Nicht-Lebensversicherungssparten – verzeichnet werden. Der Schaden- und Unfallversicherungs-

¹ Siehe dazu den Spezial Report von FitchRatings „Deutsche Lebensversicherer: Kein Ende der schwierigen Lage in Sicht – Solvency II weit entfernt“, erschienen am 30. September 2003.

sektor profitierte vor allem von Prämienzuwächsen in den Kfz-Sparten. Allerdings war die Schaden- und Unfallversicherungswirtschaft im ersten Halbjahr 2003 von erhöhten Schadensbelastungen infolge der Unwetter im Frühjahr betroffen. Die Aktienkurse der an der Wiener Börse notierten österreichischen Versicherungsunternehmen entwickelten sich seit Jahresbeginn weitgehend stabil.

Die Summe der Aktiva der gesamten österreichischen Versicherungswirtschaft (ohne Rückversicherungsgeschäft) wurde im zweiten Quartal 2003 gegenüber dem Vorquartal um 2,2% auf 60,6 Mrd EUR ausgeweitet, womit nach einem Zuwachs von 1,7% im ersten Quartal ein weiterer Anstieg verzeichnet werden konnte.

Die marktführenden österreichischen Versicherungsunternehmen profitieren zunehmend von ihrem Engagement in Zentral- und Osteuropa. Die ausländischen Beteiligungen konnten gegenüber dem Vorjahr teilweise markante Prämienzuwächse verzeichnen und tragen bereits bis zu 28% zum gesamten Prämienvolumen bei. Im Zuge des EU-Beitritts werden vor allem im Lebens- und Kranken-

versicherungsbereich große Wachstumschancen in den zentral- und osteuropäischen Märkten gesehen. Neben dem Ausbau des eigenen Vertriebs sollen auch die Kooperationen mit Bankpartnern forciert werden.

Keine Ansteckungsrisiken für den heimischen Bankensektor

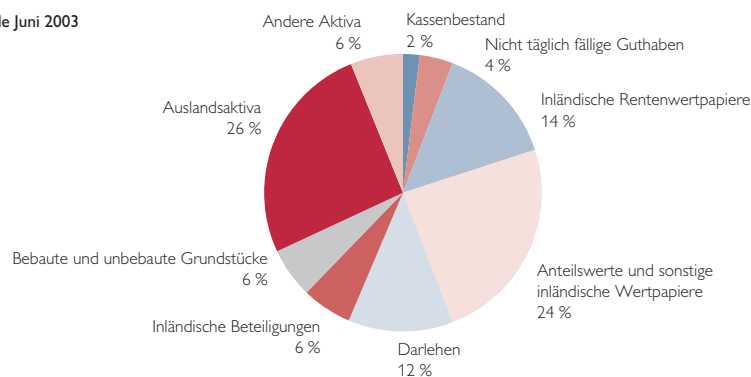
Im Veranlagungsverhalten der Versicherungsunternehmen setzt sich der Trend zu inländischen Werten weiter fort. Die nicht täglich fälligen Guthaben bei inländischen Kreditinstituten verzeichneten einen markanten Zuwachs von 83% gegenüber dem Vorquartal. Damit konnte der Anteil der Guthaben bei Kreditinstituten am gesamten Vermögensbestand gegenüber Ende 2002 auf 6% verdoppelt werden. Angesichts der unsicheren Kapitalmarktentwicklungen und der geringen Anleiherenditen wurde offensichtlich überwiegend in geldmarktnahe Veranlagungen investiert.

Die Veranlagung in Rentenwertpapiere, die von inländischen Kreditinstituten begeben werden, wurde ebenfalls um 4% ausgeweitet, wengleich der Zuwachs damit deutlich unter den 13% des ersten Quartals

Grafik 19

Anteilmäßige Verteilung der Aktiva¹⁾ der österreichischen Versicherungsunternehmen

Stand: Ende Juni 2003



Quelle: OeNB.

¹⁾ Aktiva ohne Rückversicherungsgeschäft.

2003 liegt. Mit rund 8,5 Mrd EUR entfallen damit auf die inländischen Rentenwertpapiere 14% des Vermögensbestands. Bei den inländischen Beteiligungen ist ebenfalls eine Zunahme von rund 11% zu beobachten. Die Auslandsaktiva stellen mit rund 26% nach wie vor die bedeutendste Veranlagungskategorie dar, wenngleich sich ihr Volumen seit dem Jahresende 2002 kaum veränderte. Etwa 24% entfallen auf die zweitwichtigste Position, die Veranlagung in Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere, die seit Jahresbeginn 2003 jedoch einen leichten Rückgang verzeichnete. Die vergebenen Darlehen waren wie in den vergangenen Jahren weiterhin rückläufig, wofür in erster Linie die Abnahme in der Darlehensvergabe an den Staat verantwortlich ist.

Den wesentlichsten Teil der Passivseite nehmen die versicherungstechnischen Rückstellungen ein, die die Verpflichtungen der Versicherungsunternehmen gegenüber den Versicherten widerspiegeln. Im zweiten Quartal 2003 erreichten die versicherungstechnischen Rückstellungen einen Wert von 55,6 Mrd EUR, was einem Anteil von rund 85% an den gesamten Passiva entspricht. Der Großteil entfällt dabei auf die Lebensversicherung, die mit 42,8 Mrd EUR knapp 77% einnimmt. Der Anteil der Schaden- und Unfallversicherung belief sich auf 18%, jener der Krankenversicherung auf 5%.

Die Erholung der Kapitalmärkte im bisherigen Jahresverlauf hat neben den Prämienzuwächsen wesentlich

zur Stabilisierung der Lage der österreichischen Versicherungswirtschaft beigetragen. Entsprechende Maßnahmen der Aufsichtsbehörde wirken zusätzlich unterstützend. So wurde im Rahmen der Höchstzinssatzverordnung¹⁾ der Höchstzinssatz für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen bei den Lebensversicherungen von derzeit 3,25 auf 2,75% gesenkt. Insbesondere für den österreichischen Bankensektor gibt es daher keine Anzeichen einer Belastung der Ertragslage durch den Versicherungssektor. Mit einem Volumen der direkt vergebenen Kredite an die heimische Versicherungswirtschaft von 1,6 Mrd EUR (weniger als 1% des gesamten Großkreditvolumens) besteht kein erhöhtes Kreditrisiko für die Banken. Das spiegelt sich auch in der sehr guten Bonitätseinstufung der Versicherungen seitens der Kreditinstitute wider. Ebenso spielt auch die Stabilitätsgefährdung durch den vermehrten Einsatz von Finanzinstrumenten zum Kreditrisikotransfer zwischen dem Banken- und dem Versicherungssektor in Österreich eine untergeordnete Rolle. Auf europäischer Ebene wird insbesondere in der steigenden Bedeutung von Kreditderivaten ein Gefahrenpotenzial gesehen, was vor allem in den mangelnden Erfahrungen der Marktteilnehmer mit diesem Instrument begründet ist. Auf dem österreichischen Markt kommen derartige Finanzprodukte jedoch nur in geringem Umfang zum Einsatz. Darüber hinaus ist ihre Anwendung aufsichtsrechtlich geregelt.²⁾

1 Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2004 in Kraft. Der neue Zinssatz kommt allerdings nur bei Neuverträgen zur Anwendung, auf die Indexanpassung zu bestehenden Verträgen sind die Bestimmungen der Höchstzinssatzverordnung nicht anzuwenden. Darüber hinaus trifft die Zinssenkung nur auf die klassische Lebensversicherung zu, fondsgebundene Lebensversicherungen sind davon nicht betroffen.

2 In der Versicherungswirtschaft kommt hier die „Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde über Kapitalanlagen zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen durch Unternehmen der Vertragsversicherung (Kapitalmarktverordnung 2002)“ zur Anwendung.

Andere Finanzintermediäre

Pensionskassen

Die Jahre 2001 und 2002 brachten für das österreichische Pensionskassensystem die größten Herausforderungen seit seinem Bestehen. Das unerfreuliche wirtschaftliche Umfeld setzte die Pensionskassen massiv unter Druck, sodass das Veranlagungsergebnis entsprechend dem Fachverband der österreichischen Pensionskassen im Jahr 2002 bei durchschnittlich $-6,3\%$ lag. Als Reaktion auf die geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verringerten die Pensionskassen ihren Aktienanteil und investierten vermehrt in risikoarme Anleihen und strukturierte Produkte.

Auch der Gesetzgeber reagierte auf das veränderte Umfeld und beschloss im Sommer des Jahres 2003 eine Reform des österreichischen Pensionskassengesetzes. Die wesentlichsten Eckpunkte der Gesetzesnovelle umfassen die Umstellung des Systems von Kapitalzuschüssen auf die Deckungsrückstellung auf laufende Zuschüsse der Pensionen, die Bildung einer Mindestertragsrücklage entsprechend den Eigenmittelvorschriften der EU-Richtlinie¹), die die Pensionskassen verpflichtet, eine Rücklage zur Absicherung der Ansprüche der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten zu bilden, sowie die Einführung neuer Bewertungsmethoden entsprechend den internationalen Standards. Zudem erhält die Finanzmarktaufsichtsbehörde durch eine Verordnungsermächtigung die Möglichkeit, Zinssätze für neu abgeschlossene Pensionskassenverträge zu begrenzen und damit auf künftige Kapitalmarktentwicklungen besser zu reagieren.

Nach den ertragsschwachen Jahren zeichnet sich für 2003 jedoch wieder eine Erholung ab, die nicht zuletzt auf die wieder gewonnene Dynamik auf den Finanzmärkten zurückzuführen ist. Nach einem schwachen Jahresbeginn haben sich die Veranlagungsergebnisse deutlich gebessert, Mitte 2003 lag die Performance der österreichischen Pensionskassen zwischen 3 und 4,5%. Trotz der eher schwachen Entwicklung in den vergangenen Jahren ist die Nachfrage nach einer betrieblichen Pensionsvorsorge nach wie vor gegeben. Bis Mai 2003 haben weitere 300 Unternehmen erstmals eine Pensionskassenlösung eingeführt, die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten hat sich um rund 5% erhöht.

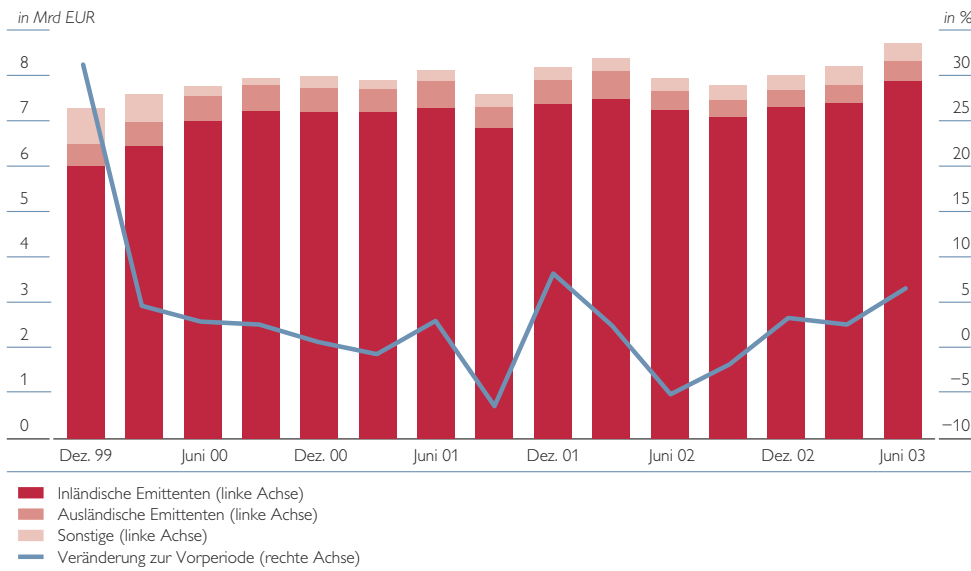
Der Vermögensbestand der österreichischen Pensionskassen ist bis Mitte 2003 auf 8,6 Mrd EUR angewachsen. Mit einem Zuwachs von rund 6% gegenüber dem Vorquartal setzt sich der Ende 2002 begonnene Aufwärtstrend damit weiter fort.

Während sich ein Rückgang von rund 30% bei den Euro-Rentenwerten inländischer Emittenten beobachten lässt, ist bei der Position „Andere Wertpapiere inländischer Emittenten“ ein markanter Zuwachs von rund 170% feststellbar. Wenngleich diese Veranlagungsform in der Vergangenheit hohe Volatilitäten aufwies, ist der Anstieg doch bemerkenswert und dürfte mit der Erholung der Aktienmärkte zu erklären sein. Bei den Einlagen ist ebenfalls ein Rückgang von rund 6% gegenüber dem Vorquartal zu verzeichnen. Neben den sinkenden Zinssätzen in allen Einlagekategorien ist wohl auch hier das wiedergewonnene Vertrauen der

¹ Richtlinie 2003/41/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Juni 2003 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung.

Grafik 20

Entwicklung des Vermögensbestands der Pensionskassen



Quelle: OeNB.

institutionellen Anleger in die internationalen Finanzmärkte für die Umschichtung verantwortlich.

Der Großteil des Vermögensbestands wird nach wie vor in Wertpa-

pieren inländischer Emittenten veranlagt. Die Investmentzertifikate stellen mit rund 93% des gesamten Vermögensbestands weiterhin die wesentlichste Veranlagungsform dar.